

Beschluss des Landrats vom 13.01.2022

Nr. 1317

8. Prüfen einer Sozialhilfestrategie

2018/386; Protokoll: gs, pw

Mit dem Postulat von Saskia Schenker wurde der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob es sinnvoll wäre, eine kantonale Sozialhilfestrategie zu erarbeiten, führt Kommissionspräsidentin **Laura Grazioli** (Grüne) aus. Der Regierungsrat ist dabei zur Auffassung gekommen, dass die Entwicklungen und Herausforderungen in der Sozialhilfe Lösungsansätze im Rahmen einer mehrjährigen, von Kanton und Gemeinden gemeinsam getragenen ganzheitlichen Strategie erfordern. Entsprechend hat er unter Einbezug der Gemeinden direkt eine übergeordnete Sozialhilfestrategie erarbeitet. Diese soll zu einer effektiven und effizienten Sozialhilfe beitragen, mit der insbesondere die berufliche und die soziale Integration von in Not geratenen Menschen stärker gefördert werden kann. Langfristig soll sie zu einer flächendeckenden, guten Qualität der Sozialhilfe, zu einer besseren Integration der Sozialhilfebeziehenden und zu einer optimalen Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden sowie weiteren Institutionen führen. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Der Bericht des Regierungsrats zum Postulat und die Sozialhilfestrategie selber wurden gebührend verdankt. Aufgrund von verschiedenen Vorstößen bestehe mittlerweile eine Gesamtsicht zum Thema Sozialhilfe, welche die bestehenden Aktivitäten ebenso miteinschliesst wie auch Erkenntnisse zu nötigen Verbesserungen oder neu anzugehenden Projekten. Auch in Bezug auf die Inhalte der Sozialhilfestrategie zeigte sich die Kommission diskussionslos einverstanden und zufrieden. Der Fokus der strategischen Ziele und Grundsätze wurde als ausgewogen und gut gewählt beurteilt. Der anerkannten Problematik der steigenden Sozialhilfekosten und dem übergeordneten Ziel, die Betroffenen – wenn immer möglich – aus der Sozialhilfe herauszulösen und in die Arbeitswelt zurückzuführen, könne man damit gerecht werden. Positiv wurde weiter gewürdigt, dass bereits ein Monitoring und eine weitere Berichterstattung an den Landrat vorgesehen sind. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– Eintretensdebatte

Endlich liege ein umfassendes und wertvolles Grundlagenpapier vor, das eine gute Übersicht zum Thema Sozialhilfe gibt, sagt **Mirjam Würth** (SP). Leider kommt es ziemlich spät. Die entsprechenden Vorstösse sind bereits im 2018 eingereicht worden – jetzt steht man anfangs 2022. Weil das Papier so spät kommt, hat die Revision des Sozialhilfegesetzes, welche Ende 2021 beraten wurde, ohne die notwendige Sozialhilfestrategie stattgefunden. Das ist ausserordentlich zu bedauern – obwohl man damals etwas in Kenntnis des Ganzen war. Vom Ablauf her hätte man aber zuerst die Sozialhilfestrategie bringen müssen – und danach die Revision des Gesetzes. Die Strategie gibt eine gute Übersicht zu den Aktivitäten in der Sozialhilfe. Es gibt auch Erkenntnisse, welche Verbesserungen nötig und anzugehen sind. Man hat teils Handlungsbedarf, den man jetzt erkannt hat. Aus Sicht der Rednerin ist es eine der Aufgaben des Sozialamts, jetzt mit seinem ganzen Wissen die Verbesserungsvorschläge anzupacken. Natürlich kann man aus der Politik immer mit irgendwelchen Vorstößen mitsteuern – das Wissen ist aber genau dort, wo es sein muss. Dort muss man es auch abholen.

Einer der grossen Punkte mit Handlungsbedarf ist der Schwelleneffekt. Das wurde u. a. auch von einer Fachhochschule abgeklärt. Alle Kantone kämpfen mit dem Thema. Das ist einer der Punkte, die enorm wichtig sind. Man muss sehen, wo die Schwelleneffekte spielen und sie mit gezielten Massnahmen herunterbringen. Es ist der Übergang von der Sozialhilfe zur Arbeit auf der einen

Seite – auf der anderen Seite gibt es auch in die andere Richtung Schwelleneffekte; bei den Menschen, die zu wenig verdienen, obwohl sie arbeiten – und dann in die Sozialhilfe abrutschen. Das ist wirklich sehr differenziert ausgearbeitet. Man sieht, wo man steht. Es ist total wichtig, dass die Schwellen abgebaut werden – und zwar so, dass auf beiden Seiten der Schwelle ein würdiges Leben selbstverständlich ist. Die Schwellen kann man unter anderem verbessern – jetzt kommen bereits wieder grossartige Ideen aus der Politik –, indem man das Thema Prämienverbilligungen aufgreift; es wirkt auf beiden Seiten der Schwelle. Man hat auch tags zuvor wieder gehört, dass die Prämienverbilligung nicht ausreicht, damit man die mittleren Prämien zahlen kann. Dort könnte man ganz bewusst etwas machen. Ein anderes Mittel sind die Mietzinszuschüsse, welche ebenfalls angeschaut werden. Man darf auch nicht vernachlässigen, dass der Mindestlohn ein ganz wichtiger Punkt ist. Es kann nicht sein, dass die Löhne in einem reichen Land wie der Schweiz so niedrig sind, dass man *Working Poor* hat. Die Rednerin hat das Wort in den USA kennen gelernt – es erschien schon dort unwürdig; es war unverständlich, dass dies passiert. Dass es in der Schweiz ein Thema ist, ist beschämend. Es ist ganz wichtig, dass die Menschen in der Sozialhilfe ohne Scham und in Würde leben und am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. Das vorliegende Dokument zeigt sehr viel sehr gute Arbeit der Sozialhilfe und der externen Partner. Das soll explizit hervorgehoben werden. Es ist eine gute Grundlage. Das Papier soll so zur Kenntnis genommen werden. Die verschiedenen Vorstösse, welche am Anfang standen, können aus Sicht der SP abgeschrieben werden.

Ermando Imondi (SVP) will sich weniger ausführlich halten als die Kollegin. Der Regierung soll gedankt werden für das beantwortete Postulat. Es ist super formuliert. Man hat die Schnittstellen einbezogen und daraus die Strategie entwickelt, woraus auch eine Vision resultiert. Auch die strategischen Ziele und Unterziele sind sauber aufgegleist. Ebenso wurden die verschiedenen Handlungsfelder definiert. Wichtig ist auch, dass man die Player im Boot hat – das kantonale Sozialamt, das für die Umsetzung des Monitorings zuständig ist, die regierungsrätliche Konsultativkommission und die Fachkommission Sozialhilfe. Es ist eine Strategie, welche langfristig ausgerichtet den Bedarf aufnehmen kann. Man wird schauen müssen, ob dies entsprechend eingehalten wird. Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Regierung und ist für Abschreibung.

Das Sozialsicherungsnetz sei eine hochkomplexe Angelegenheit, sagt **Klaus Kirchmayr** (Grüne). Auch nach 15 Jahren im Landrat muss der Redner eingestehen, dass das System nicht bis in die letzten Verästelungen verstanden wurde. Umso wichtiger ist es, dass man jetzt eine gute Sozialhilfestrategie vorliegen hat – entsprechend wird die Grüne/EVP-Fraktion der beantragten Abschreibung zustimmen. Die Komplexität des Sozialhilfesystems hat viel mit den verschiedenen Playern zu tun. Man hat nicht nur das Sozialamt, man hat das KIGA, die RAV, man hat die IV – und weiter die Gemeinde- und die Kantonsebene sowie die Bundesebene. Auf allen Ebenen wird an diesem Netz gearbeitet – und gut gearbeitet. Dass es viel Abstimmungsbedarf gibt, ist irgendwie logisch – und dass dies nicht immer reibungslos geht, ist ebenso klar. Darum geht auch im Namen der Fraktion ein Dank ans Sozialamt, das wirklich gute Arbeit macht. Man stimmt der Abschreibung zu und begrüsst das Vorhandensein der Strategie.

Etwas mehr als drei Jahre nach der Einreichung des Postulats von **Saskia Schenker** (FDP) liegt nun eine umfassende Strategie vor; sie wird von Kanton und Gemeinden getragen – und auch vom Landrat (wie man den Voten entnehmen konnte). Das ist sehr erfreulich. Es sei nochmals in Erinnerung gerufen, warum das Postulat damals eingereicht wurde – es gibt einen wirklich grossen Handlungsbedarf in der Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote ist in den letzten zehn Jahren gewachsen – von 2,2 auf 3 %. Es gibt gewisse Gemeinden, in denen die Quote sogar höher als 6 % ist. Die Bezugsdauer wurde länger – jede vierte Person bleibt länger als vier Jahre in der Sozialhilfe. Vor einigen Jahren – 2008 – war es erst jede fünfte Person. Und die Fälle werden komplexer. Das

stellt insbesondere die kleineren Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Darum ist es umso wichtiger, dass Kanton und Gemeinden zusammen in ihrer gemeinsamen Zuständigkeit eine übergeordnete Strategie erarbeitet haben. Zusammen mit der bereits bestehenden Armutsstrategie und dem revidierten Sozialhilfegesetz, das ja noch vors Volk muss, hat der Kanton gute und wichtige Grundlagen, damit man den Menschen in Not so gut wie möglich helfen respektive sie sozial und beruflich reintegrieren kann. Dazu soll noch erwähnt werden: Die Finanzkommission wusste bei der Revision des Sozialhilfegesetzes, dass die Sozialhilfestrategie noch kommt – und dies konnte gut zusammen aufgegleist und koordiniert werden; auch wenn die Strategie im Landrat terminlich nach dem Gesetz beraten wird. In der Strategie selber werden die beschriebenen aktuellen Entwicklungen aufgezeigt – und ebenso die Herausforderungen. Dann werden Themenbereiche mit Handlungsbedarf definiert – und Ziele und Massnahmen formuliert. Dort geht um ganz konkrete Verbesserungsmöglichkeiten gegenüber der heutigen Situation. Es ist sehr gut, dass auch Teilprojekte definiert werden; ohne dass dabei der Gesamtblick verloren geht. Das ist auch für den Landrat und die Finanzkommission sehr wichtig. Weil man dann genau weiss, welche Projekte laufen. Man kann sie mit der entsprechenden Berichterstattung begleiten.

Es gibt drei strategische Ziele, von denen zwei hervorgehoben und gewürdigt werden sollen. Das erste Ziel adressiert das Thema, das in gewissen Gemeinden noch Handlungsbedarf und Verbesserungspotenzial besteht. Es ist sehr wichtig, dass Kanton und Gemeinden dies gemeinsam erkennen haben – darum wurde als Strategie definiert, dass der Zugang zur Sozialhilfe mit flächendeckend guter Qualität und einer professionellen Beratung in allen Gemeinden sichergestellt werden soll. Dazu werden entsprechende Massnahmen eingeleitet. Ein wichtiges Ziel (auch aus FDP-Sicht) betrifft die Eigenverantwortung und Autonomie der Sozialhilfebeziehenden, welche durch eine zielgerichtete Unterstützung gestärkt werden. Darin hört man klar die Grundhaltung des «Fördern und Fordern». Zudem wird die Unterstützung sehr zielgerichtet ausgerichtet. Das sind auch für die Partei wichtige Grundsätze. Ein ebenso wichtiges Element der Strategie ist, dass sich eine Ablösung von der Sozialhilfe lohnen muss. Hier besteht heute eine problematische Situation; Mirjam Würth hat es bereits erwähnt. Personen in der Sozialhilfe haben heute unter Umständen mehr Geld zur Verfügung als Personen, die just so viel verdienen, dass sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Letztere sind gleich mehrfach benachteiligt. Man muss sich bewusst sein: Wenn man in der Sozialhilfe ist, kann man zusätzlich noch situative Leistungen beantragen. Man hat Einkommensfreibeträge. Und man muss etwa bei den Krankheitskosten keine Franchise und keinen Selbstbehalt tragen. Das sind Punkte, die man noch genauer ansehen muss. Die Strategie nimmt die Problematik der Austrittsschwelle respektive der Schwelleneffekte auf. Es gibt ein Projekt, welches das Thema genauer untersucht. Da besteht auch ein Zusammenhang zum revidierten Sozialhilfegesetz. Die FDP steht ganz klar hinter dem Sozialhilfegesetz. Man muss sich aber bewusst sein, dass man damit die Austrittsschwelle erhöht, weil man neue Massnahmen wie Beschäftigungs- und Motivationszuschüsse eingeführt hat. Das ist eine gute Sache, weil man die Menschen in den ersten zwei Jahren möglichst gut unterstützen will, damit sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Man erhöht damit aber die Austrittsschwelle. Umso gerechtfertigter – die Rednerin erlaubt sich wie zuvor auch Mirjam Würth, etwas Politik zu machen – ist der moderate Abzug, der nach zwei Jahren in der Sozialhilfe greifen soll; just auch im Hinblick auf die Austrittsschwelle. Er soll dazu führen, dass sich ein Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt wirklich lohnt. Wie gesagt: Die Schwelleneffekte werden weiter untersucht – und man wird ebenfalls nochmals einen Fokus darauf legen.

Weiter hat es ein Thema in der Strategie, das bereits zu Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt hat. Beispielhaft seien die Bedingungen der Rückzahlung der Sozialhilfe genannt: Auch hier ist es wichtig, dass ein Projekt läuft und man diese Bedingungen nochmals genau untersucht. Bei all den guten Instrumenten ist es letztlich zentral, dass Personen, die mit den Betroffenen in Kontakt stehen (Beratung, Betreuung, Entscheidfällung), sehr gut Bescheid wissen. Am Schluss hängt näm-

lich alles an der persönlichen Beratung und an der Betreuung – und der korrekten Anwendung der Instrumente, die laufend verbessert werden. Darum wird auch der Ausbau der Schulungen für die Sozialhilfebehörden und Sozialdienste begrüsst. Das ist eine gute Investition, um die Qualität der Sozialhilfe zu erhöhen und die Unterschiede in den Gemeinden bei der Umsetzung etwas auszugleichen. Man könnte weitere Punkte anführen – wichtig ist, dass man die Grundlagen hat, mit denen man weitere Hausaufgaben angehen und weitere Verbesserungen an die Hand nehmen kann. Dem Regierungsrat gebührt Dank für die offene Aufnahme des Postulats – und dem Sozialamt für die umfassende Arbeit; und ebenso den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, die intensiv mitgearbeitet haben. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Franz Meyer (Die Mitte) sagt, der Regierungsrat sei mit dem Postulat von Saskia Schenker beauftragt worden, zu prüfen und zu berichten, ob die Erarbeitung einer kantonalen Sozialhilfestrategie sinnvoll sei. In der Zwischenzeit hat der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine sehr gute und aussagekräftige Sozialhilfestrategie erarbeitet. Es kann festgestellt werden, dass nicht nur geprüft und berichtet wurde, sondern bereits eine Umsetzung stattfand. Die Mitte/glp-Fraktion stimmt der Abschreibung des Postulats einstimmig zu und dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung fürs aktive Handeln gemeinsam mit den Gemeinden.

Urs Kaufmann (SP) wird bei der Betrachtung gewisser Massnahmen etwas ungeduldig. Teilweise dauern bereits die Abklärungen sehr lange. Beispielsweise beim Thema Schwelleneffekte ist noch nicht viel umgesetzt, sondern es findet erst eine Untersuchung statt. Es ist auch nicht so, dass mit dem Langzeitabzug etwas für den Abbau des Schwelleneffekts erreicht werden kann, wie dies Saskia Schenker gesagt hat. Im Gegenteil: Beim Langzeitabzug handelt es sich um ein völlig falsches Signal. Es sollte vielmehr darauf fokussiert werden, die Lücke nach dem Austritt aus der Sozialhilfe zu decken und so die Schwelle abzubauen. Mit dem Langzeitabzug etwas zum Abbau des Schwelleneffekts beizutragen, ist aus Sicht der SP-Fraktion nicht menschenwürdig und das falsche Signal. Es ist wirklich schade, dass es so lange dauert, bis solch wichtige Massnahmen abgeklärt, diskutiert und umgesetzt werden. In der Zwischenzeit mit einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes einfach etwas rumzubasteln, ist einfach nicht das Richtige. Urs Kaufmann ist sehr enttäuscht und wünscht sich etwas mehr Drive und Geschwindigkeit.

Mirjam Würth (SP) stellt fest, man befinde sich in der gleichen Diskussion, die der Landrat bereits vor sechs oder acht Wochen geführt habe – ob der Langzeitabzug menschenwürdig sei oder nicht. Die Rednerin wäre froh gewesen, dies heute nicht nochmals zu diskutieren, da die Meinung der SP-Fraktion klar ist. Das System wird nicht gerechter, wenn man den Ärmsten oder Abhängigsten etwas wegnimmt. Besser wäre es, Massnahmen bei den *Working Poor* zu ergreifen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für die positive Aufnahme der Vorlage. Er kann versichern, dass weder der Regierungsrat noch das Kantonale Sozialamt vor dem Vorliegen dieser Strategie strategielos unterwegs waren. Der Landrat konnte dies anhand der präsentierten Vorlagen selber feststellen. So wurden eine Armutsstudie und eine Armutsstrategie beraten – und nun liegen eine Sozialhilfestrategie sowie eine Vorlage zur Harmonisierung der Sozialleistungen im Kanton Basel-Landschaft vor, in der es insbesondere um die angesprochenen Schwelleneffekte geht. Etwas Zurückhaltung würde entsprechend manchmal nicht schaden. Selbstverständlich halten alle Saal die Würde des Menschen sehr hoch und Regierungsrat Anton Lauber wäre es lieber, wenn nicht immer derart schwierige moralische Begriffe ins Feld geführt würden, wenn es um die Auseinandersetzung mit den politischen Stossrichtungen geht. Die Sozialhilfestrategie enthält sechs Handlungsfelder und 40 Massnahmen und Ziele, die umgesetzt werden sollen. Wichtig ist, dass die Umsetzung koordiniert mit den Gemeinden erfolgt. Aufgrund der wissenschaftlichen Unterstützung besteht eine glasklare, gute und saubere Ausgangs-

lage. Viele wünschen nun Frankenbeträge – sprich «weniger Strategien erstellen, dafür mehr Geld ausgeben». Im Jahr 2022 wurden die Prämienverbilligungen um CHF 8,8 Mio. erhöht. Die Erhöhung der Richtprämie ist auch eine Einlösung des Versprechens im Rahmen der SV17. Einzelne Zielsetzungen werden verfolgt, die sich aus den vorhergehenden Arbeiten ergeben haben. Ein Mietzinsbeitragsgesetz wurde ausgearbeitet, das sich mit den Schwelleneffekten auseinandersetzt. Gemeinden und Kanton haben gemeinsam eine Lösung gefunden und aus Sicht des Redners wird das Gesetz dazu beitragen, der Thematik der Schwelleneffekte ein Stück weit begegnen zu können. Bei der Revision des Sozialhilfegesetzes ist zudem klar eine Zielsetzung adressiert – die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Dort soll ein Schwerpunkt gesetzt werden. Wird eine Gesamtsicht eingenommen, wird ersichtlich, dass der Kanton auf der konkreten operativen Ebene mit entsprechenden Gesetzesrevisionen und Umsetzungsprojekten recht gut unterwegs ist. Manchmal ist es das Handeln auch weniger einfach als dies gewünscht wäre, da die politischen Meinungen von Zeit zu Zeit weit auseinandergehen. Es gilt: Qualität vor Tempo.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 71:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat 2018/386 abgeschrieben.
